

Über die Vergangenheit gestolpert



Dieser Stolperstein in der Horner Heerstraße soll entfernt werden, weil Hans Emil Otto Graf von Sponeck in Kriegsverbrechen verstrickt gewesen sein soll.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Bremen (mlu). In Bremen wird erstmals ein Stolperstein entfernt. Es geht dabei um Hans Emil Otto Graf von Sponeck, an den seit 2007 ein solcher Stein vor einer

ehemaligen Dienstwohnung in der Horner Heerstraße 23 erinnert. Gunter Demnig, Künstler und Initiator der Steine, die an Opfer des Nazi-Regimes erinnern,

hat nun jedoch dessen Entfernung verlangt – und die Bremer Projektträger haben nach öffentlicher Diskussion zugestimmt. Hintergrund für die Entfernung

ist, dass Sponeck nicht nur für eine mutige Entscheidung mit dem Leben bezahlte, sondern auch in Kriegsverbrechen verstrickt gewesen sein soll. **Bericht Seite 7**

Rückenwind für die Offshore-Branche

Bremerhaven (fmi). Die Offshore-Branche schaut verhalten positiv in die Zukunft. Zugleich gibt es noch einiges zu tun – das sagten Branchenvertreter gestern bei einer Konferenz in Bremerhaven. Wirtschaftsstaatssekretär Uwe Beckmeyer (SPD) deutete an, dass der Bund eine Co-Finanzierung des Offshore-Terminals Bremerhaven (OTB) prüfen könnte. Für den Bau des Hafens zur Verladung von Komponenten für Hochsee-Windkraftanlagen sind Investitionen von rund 200 Millionen Euro nötig.

Anlagenbauer Senvion versprach den Erhalt der Arbeitsplätze auch nach dem Verkauf des Unternehmens an einen Investor. Während die Anlagenhersteller sich nach der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes aus dem vergangenen Jahr also in ruhigerem Fahrwasser sehen, fordern Reedereien weitere Verbesserungen unter anderem bei der maritimen Sicherheit. Das Treffen von 200 Personen aus Wirtschaft und Politik befasste sich mit den Rahmenbedingungen für den Sektor. Es diente auch zur Vorbereitung der Nationalen Maritimen Konferenz, die im Oktober dieses Jahres in Bremerhaven stattfinden soll. Weitere Tagungen für den maritimen Sektor sind im Juni in Berlin geplant. **Bericht Seite 13**

Die ungleichen Schwestern

Bremen. Ein Land, zwei Städte und – im Großen und Ganzen – dieselben Probleme. Allerdings leidet Bremerhaven seit Jahren noch deutlich mehr unter Arbeitslosigkeit und Armut als seine Schwesterstadt Bremen. Das gilt als einer der Gründe für ein zumindest kompliziertes Verhältnis, das in der Vergangenheit manchmal für Irritationen oder Verstimmungen, aber auch schon für handfeste politische Auseinandersetzungen gesorgt hat. Inzwischen jedoch, sagt Bremerhavens Oberbürgermeister Melf Grantz, habe sich Bremerhaven in bemerkenswerter Weise gewandelt – und das habe auch Folgen für das Verhältnis der beiden Schwesterstädte. Dabei spielen vor allem auch finanzielle Zuwendungen und Investitionen eine Rolle. Der fünfte Teil der Serie „Offene Wahl“ dreht sich um die Balance zwischen den Interessen der beiden Städte und um die historische Entwicklung der „größtmöglichen denkbaren Komplikation einer Gebietskörperschaft“, wie der Historiker Konrad Elmshäuser Bremerhaven bezeichnet. **Thema Seite 9**



Feuerwehr macht Dienst nach Vorschrift

Brandschützer kommen vielleicht später und mit weniger Personal / Personalrat fordert bis zu 100 neue Stellen

Bremens Berufsfeuerwehrleute sind aufgefordert, sich bis Sonntag an einer „Gesundheitswoche“ zu beteiligen. Doch sie sollen weder auf ihre Ernährung achten noch Sport treiben. Stattdessen möchte die ver.di-Betriebsgruppe erreichen, dass sie die wöchentlich zulässige Höchstarbeitszeit von 48 Stunden einhalten – als neuerlichen Protest gegen den Personalmangel.

VON ANKE LANDWEHR

Bremen. Der Berg wächst und wächst. Inzwischen sind es 70000 Überstunden, die Bremens Berufsfeuerwehrleute auf ihrem Arbeitszeitkonto haben. Seit Jahren weisen die in der Dienstleistungsgesellschaft ver.di organisierten Rettungskräfte auf die personelle Unterversorgung und ihre Folgen hin – jetzt machen sie Druck mit einer „Gesundheitswoche“. Die 530 Feuerwehrleute sind aufgefordert, bis einschließlich Sonntag die höchstzulässige Wochenarbeitszeit von 48 Stunden nicht zu überschreiten.

Für die Öffentlichkeit heißt eine Woche Dienst nach Vorschrift: „Die Feuerwehr kommt – aber vielleicht später und mit weniger Personal“, sagt Vertrauensmann Klaus Schmitz. Gegenwärtig kommt es

nach seinen Angaben vor, dass Kräfte bis zu 89 Stunden in der Woche präsent sind, diese Zeit umfasst Arbeit und Bereitschaftsdienst.

Bernd Bauer, Vorsitzender des Personalrats, fordert die Einstellung von 70 bis 100 zusätzlichen Kräften. „Dann wären wir auf dem Standard vergleichbarer deutscher Städte.“ Anderenfalls werde die ungunstige Entwicklung anhalten, warnt Schmitz. „Im vergangenen Jahr haben wir an mehr als 200 Tagen unsere tägliche Mindeststärke von 65 Leuten um bis zu 15 Kräfte unterschritten. Das bedeutet, eine komplette Feuerwache ist nicht in Betrieb und die Tauchertruppe steht unter diesen Voraussetzungen auch nicht jederzeit zur Verfügung.“ Das Innenressort hält dagegen: Durchschnittlich sei eine Schicht mit ein bis zwei Leuten unterbesetzt, so Rose Gerdt-Schiffler, Sprecherin der Behörde.

Der Personalrat wiederum spricht von einer „exorbitant“ gestiegenen Belastung der Rettungskräfte durch den „explodierenden“ Anstieg der Rettungseinsätze. Dieser sei zum einen auf die älter werdende Bevölkerung und zum anderen darauf zurückzuführen, dass Rettungsfahrzeuge zunehmend als Taxis für Fahrten zu ärztlichen Behandlungen missbraucht würden. So wür-

den 24-Stunden-Dienste immer mehr zur Arbeitszeit, was weniger Erholungsphasen im Bereitschaftsdienst bedeute. Deshalb besteht die weitere Forderung, den Rettungsdienst – wie früher – vom Lösch- und Hilfeleistungsdienst zu trennen und die Schichten auf zwölf Stunden zu beschränken.

Der Personalrat sähe zudem gerne einen alten Senatsbeschluss gekippt, wonach die Bremer Feuerwehr mit acht Kräften in zehn Minuten am Einsatzort zu sein hat. „Es sollten aber zehn Leute in acht Minuten sein, weil schließlich jede Sekunde lebenswichtig sein kann“, so Bauer, der sich auf eine

Empfehlung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland beruft. Auskunft aus dem Innenressort: Es gebe keinen zwingenden Grund, von der Bremer Regelung abzuweichen.

Das Innenressort Ulrich Mäurer im Februar eine Senatsentscheidung durchgesetzt hat, die Zahl der Auszubildenden im Herbst auf 32 zu verdoppeln, ist nach Auffassung des Personalrats nicht ausreichend. Er glaubt nicht daran, dass sich die Zahl der Überstunden bis Ende 2017 auf diese Weise halbieren lässt, wie Mäurer meint. Der Senator hatte außerdem angekündigt, „wenn möglich ausgebildete Feuerwehrleute aus anderen Bundesländern zu übernehmen“.

Das funktioniert nur sehr bedingt, bestätigt die Sprecherin des Innenressorts. Wer geschultes Feuerwehrpersonal haben wolle, müsse selbst ausbilden. Eine Aufstockung werde kommen, aber sicher nicht in dem Umfang, wie ihn sich die Feuerwehr wünsche. Die Entscheidung falle erst im Zusammenhang mit dem in Arbeit befindlichen Brandschutzgesetz. **Kommentar Seite 2**



Die Bremer Berufsfeuerwehr ruft nach zusätzlichem Personal. **FOTO: CHRISTIAN KOSAK**

Sehen Sie Fakten zur Feuerwehr sowie Fotos spektakulärer Einsätze. Scannen Sie dazu das Bild links.

Industrie warnt vor Stillstand

Debatte um Fracking flammt erneut auf / Gegner planen Aktionswoche

Berlin (mh). Zweieinhalb Wochen vor dem geplanten Kabinettsbeschluss ist die Debatte um das umstrittene Fracking-Gesetz wieder aufgeflammt. Die Industrie warnte am Montag in Berlin vor zu großen Einschnitten und verschärften Regelungen. „Genug ist genug. Es geht um die Frage, wie Deutschland seinen Erdgasbedarf künftig decken will – mit oder ohne die Nutzung eigener Quellen“, erklärte Gernot Kalkofen, Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG).

2014 betrug der Anteil des Erdgases aus heimischer Produktion rund zehn Prozent am Gesamtverbrauch in Deutschland. Die geplanten Auflagen würden die Produktionskosten für deutsches Erdgas jedoch unverhältnismäßig erhöhen, so die WEG.

Fracking-Gegner und Umweltverbände rufen hingegen für die Woche vom 16. bis 21. März zu bundesweiten Aktionen auf. Sie warnen vor einer Verunreinigung des Grundwassers und fordern ein generelles Verbot der Methode. **Bericht Seite 3**

Armstrong wurde geschützt

Bericht: Radsport-Weltverband an Doping-Aufklärung nicht interessiert

Aigle. Bevorzugte Behandlung seiner Stars Lance Armstrong und Alberto Contador, viele Verfehlungen im Anti-Doping-Kampf und weitere fragwürdige Vorgänge in der dunklen Zeit des Radsports: Die frühere Führung des Weltverbandes UCI mit den umstrittenen Ex-Präsidenten Hein Verbruggen und Pat McQuaid ist durch einen unabhängigen Bericht der Untersuchungskommission CIRC schwer belastet worden. Es gebe „zahlreiche Beispiele“, dass Armstrong Radsportverband „verteidigt“

oder „beschützt“ worden sei, heißt es in dem 227-seitigen Report am Montag.

„Die UCI befreite den Amerikaner und siebenfachen Toursieger von Regeln, verpasste es, ihn trotz Verdächtigungen gezielt zu testen und unterstützte ihn öffentlich gegen Dopingansuldigungen“, analysierte die Kommission. Wie der Report festhält, sei der Aufstieg Armstrongs zum Superstar seiner Sportart erst durch die UCI möglich gewesen. **Kommentar Seite 2-Berichte Seite 20**

INHALT

Bildung & Wissen	24
Familienanzeigen	11, 15
Fernsehen	17
Lesermeinung	4
Rätsel & Roman	22
Verbraucher	16

BREMEN

Reaktionen auf Zukunftsstudie

Bremen. CDU und Linke werfen dem Senat fehlende Investitionen in die Zukunft vor. Rot-Grün verspiele Bremens großes Potenzial als Wirtschaftsstandort, sagt die CDU-Spitzenkandidatin für die Bürgerschaftswahl, Elisabeth Motschmann. Als Reaktion auf die Prognos-Studie über den Nordwesten im Jahr 2040, die der WESER-KURIER exklusiv veröffentlicht hat, fordert Linken-Landessprecher Christoph Spehr mehr Geld für die Bildung. Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) und Bürgermeisterin Karoline Linnert (Grüne) hingegen sehen sich in ihrer Arbeit von der Studie bestätigt. Bremen sei die Lokomotive der Region, so Böhrnsen. **Seite 7**

WIRTSCHAFT

Apple-Watch kommt am 24. April

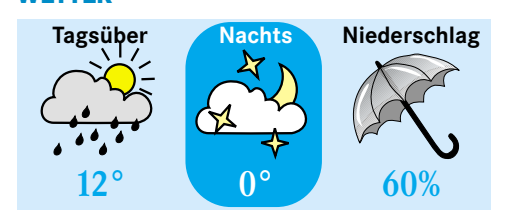
San Francisco. Apple wird seine mit Spannung erwartete Computeruhr am 24. April auf den Markt bringen. Das kündigte Konzernchef Tim Cook am Montag in San Francisco an. Die Apple-Watch soll unter anderem Kurznachrichten oder Neuigkeiten von Facebook anzeigen, Autos und Hotelzimmer aufschließen sowie über den Dienst Apple Pay zum Bezahlen an den Kassen eingesetzt werden können. Außerdem können Fitness-Informationen wie Herzfrequenz gesammelt werden. Die Batterie soll bei gewöhnlicher Nutzung 18 Stunden halten. Die Uhr hat keinen eigenen Anschluss zum Internet und muss dafür mit einem iPhone verbunden sein. **Seite 15**

WISSEN

Schädliche Handystrahlung

Bremen. Seit Jahren befassen sich zahlreiche Studien mit der Frage, ob die elektromagnetische Strahlung von Mobiltelefonen Risiken für die Gesundheit birgt. Belege für die Vermutung, dass sie beim Menschen zum Beispiel Krebskrankungen verursachen könnte, sind nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz nicht gefunden worden. Dass die Energie solcher Strahlung aber durchaus Auswirkungen auf Vorgänge im Körper von Lebewesen haben kann, belegen Versuche mit Mäusen, die Biologen der Jacobs University gemacht haben. Nach ihren Erkenntnissen kann die Strahlung dazu führen, dass Tumore stärker wachsen. **Seite 24**

WETTER



Erst zum Teil noch Regen
Zwischen einem Tief über Skandinavien und einem Hoch über England gelangt von Nordwesten feuchte heran.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell